



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: keine

Ja zu Noten in der Primarschule, aber in verzögertem Tempo!

Der Regierungsrat hält am Grundsatz, die Beurteilung mit Noten in der Primarschule wieder einzuführen, fest. Allerdings soll die Umsetzung überprüft und um ein Jahr verzögert in den Schulen eingeführt werden.

30 verschiedene Gruppierungen haben sich mit der Vorlage des Regierungsrates zur Teilrevision der Volksschulverordnung zum Thema Beurteilen in der Primarschule auseinandergesetzt und dem Regierungsrat im Rahmen der Vernehmlassung eine Stellungnahme zukommen lassen.

Die Vernehmlassungsauswertung macht deutlich, dass im Grundsatz eine bedeutende Mehrheit der Wiedereinführung der Leistungsbeurteilung mit Noten zustimmen kann.

Fünf Vernehmlassungsteilnehmende, die Parteien FDP, SVP, der Gewerbeverband, eine Schulbehörde und die Mittelschulkommission) sprechen sich ohne Vorbehalte für die Einführung der Noten ab der 2. Klasse aus. Die CVP könnte sich eine Einführung der Noten ab der 3. Klasse vorstellen. Kritische Vorbehalte oder Nicht-Einverständnis mit dieser Bestimmung äussern die Mehrheit der Schulbehörden, zwei Parteien (GN, SP), die Schulleiterkonferenz, die Lehrerverbände und die Fachverbände. Davon sind sieben Vernehmlassungsteilnehmende der Meinung, dass man die Wiedereinführung der Noten ab der 3. Klasse diskutieren könnte. Während die Vertreter der grossen politischen Parteien und des Gewerbes der Vorlage positiv gegenüberstehen, wird sie von den Schulvertretern und Fachverbänden eher abgelehnt.

Dass die Erreichung der Lernziele im Sozial- und Arbeitsverhalten neu nicht mehr nur Gegenstand des Standortgesprächs sein sollte, sondern im Zeugnis jedes Semester mit einem Raster beurteilt wird, wurde von neun Vernehmlassungsteilnehmenden (SVP, CVP, FDP, Gewerbeverband, Fachberater, Mittelschul- und Bildungskommission u.a.) befürwortet. 21 Vernehmlassungsteilnehmende (GN, SP, Schulvertreter u.a.) sind dagegen. Kritisiert werden zum einen die Beurteilungsraster, welche als zu wenig differenziert bezeichnet werden und somit Angriffsfläche für Rekurse bieten würden. Zudem werde mit diesem Vorgehen der administrative Aufwand für die Lehrpersonen gegenüber der bisherigen Lösung erhöht. Auch sei

es nicht ganz konsequent, das Sozial- und Arbeitsverhalten zu bewerten, aber keine Aussagen zur Selbstkompetenz zu machen.

Die Vorlage als Ganzes wird von der SVP, FDP, Gewerbeverband sowie der Mittelschulkommission unterstützt, jedoch findet sie keine Zustimmung bei GN, SP, Bildungskommission, Schulvertretern und Fachberatern. Die Kritik bezieht sich in erster Priorität auf das Vorgehen, in zweiter Hinsicht auf den Inhalt der Vorlage. Das Vorgehen wird als übereilt und wenig begründet wahrgenommen. Die Schulpartner vermissen den bei Schulentwicklungsfragen üblicherweise vorgeschalteten Prozess der Standortbestimmung, Analyse und Lösungsfindung mit betroffenen Kreisen.

Die Beurteilung der Lernenden ist eine der schwierigeren Aufgaben für die Lehrpersonen und für alle Betroffenen ist dieser Akt oft von hohen Emotionen begleitet. Hierzu dienliche Unterstützungsmassnahmen zum einen in Form von klaren und einheitlichen Vorgaben, zum andern in Form von fundierten, fachlich korrekten Unterlagen bereit zu stellen, ist die Aufgabe der Bildungsdirektion.

Um all diesen Aspekten Rechnung zu tragen hat der Regierungsrat beschlossen, die Einführung einer neuen Beurteilungspraxis um ein Jahr – auf August 2012 – aufzuschieben. Die gewonnene Zeit wird dazu genutzt, mit einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Amts für Volksschulen, Aspekte und Anregungen aus den eingegangenen Stellungnahmen aufzunehmen. Ebenfalls sollen Weiterbildungsgefässe für die Lehrpersonen zur Beurteilungsthematik bereit gestellt werden.

RÜCKFRAGEN

Regierungsrat Res Schmid, Bildungsdirektor, 041 618 74 01, ab 16 Uhr

Stans, 1. Juni 2011